



Ulrich Kelber

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion

Büro Bundestag

Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
☎ (030) 227 – 700 26
☎ (030) 227 – 760 08
✉ Ulrich.kelber@bundestag.de
www.kelber.de

Ulrich Kelber, MdB ■ Clemens-August-Str. 64 ■ 53115 Bonn

Redaktion „Der Steuerzahler“
Französische Straße 9-12
10557 Berlin

per eMail: presse@steuerzahler.de

Bürgerbüro Bonn

Clemens-August.-Str. 64
53115 Bonn
☎ (0228) 280 31 35
☎ (0228) 280 31 36
✉ Ulrich.kelber@wk.bundestag.de

Bonn, den 30. August 2007

Ihr Brief zur Arbeitsteilung Berlin/Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben diesen Monat an alle Bundesministerien einen Brief mit vielen Fragen zur Arbeitsteilung Berlin/Bonn geschickt. Sie wollen damit nach eigener Aussage dazu beitragen, „eine Berichterstattung so objektiv und ergebnisoffen wie möglich führen zu können“. Dieses Ziel begrüße ich sehr, hat doch Ihre Zeitschrift analog zu Aussagen des Präsidenten des Ihnen verbundenen „Steuerzahlerbundes“ bisher durch eine reine Pro-Berlin-Linie hervorstechen, in der selbst wissentlich falsche Zahlen ungeniert verwendet wurden.

Erlauben Sie mir, die angekündigte Objektivität auch der zukünftigen Berichterstattung zumindest anzuzweifeln, wenn Sie in der Einführung Ihres Briefes schon indirekt zum Urteil kommen, die Arbeitsteilung führe zu „Kosten“ und „Problemen“. Ergebnisoffen ist dies sicherlich nicht, wenn man bedenkt, dass die Umzugsgegner in Ihren Rechnungen sogar zu Kosteneinsparungen durch die Arbeitsteilung kommen und die Bundesregierung den „reibungslosen Ablauf“ der Arbeitsteilung festgestellt hat.

Ich freue mich allerdings über Ihre Nachfragen zu den „Reisekosten Berlin/Bonn“. Zu Recht bemerken Sie in Ihrem Brief, dass die bisher vorliegenden Zahlen ja keineswegs nur die trennungsbedingten Kosten beinhalten, sondern auch Reisen der nachgeordneten Bereiche, Reisen in den Großraum Düsseldorf, Reisen in den Bereich Koblenz und anderes mehr.

Ich freue mich umso mehr über diese Erkenntnis, weil Sie zur Berichterstattung bisher – trotz mehrfachen Hinweises von mir an Herrn Däke – die nun auch von Ihnen als falsch erkannten Zahlen zu Lasten Bonns verwendet haben. Bei Ihren Fragen zu diesem Aspekt fehlt mir allerdings noch ein ganz wichtiger Punkt: Wie viele neue Dienstreisen würden durch die Verlagerung von weiteren Regierungsfunktionen nach Berlin entstehen? Wenn dann z.B. Umweltministerium und Bundesamt für Naturschutz auf einmal 600 Kilometer voneinander

entfernt sind? Oder wenn die Mitarbeiter des Datenschutzbeauftragten, dessen Tätigkeitsgebiet ja die ganze Bundesrepublik ist, zu den Bevölkerungsschwerpunkten im Westen des Landes eine lange Anreise hätten? Oder wenn Landwirtschaftsministerium und dessen größte nachgeordnete Behörde, das BLE, auf einmal nicht mehr einen Katzensprung voneinander entfernt wären? Der Rückgang(!) der Dienstreisen des Bundes seit 1999 gibt einen Hinweis darauf, dass die heutige Aufteilung, die ja auch durch Verlagerungen nach Bonn von nachgeordneten Behörden geprägt war, scheinbar sehr effektiv ist.

Immer wieder sprechen Sie den IT- und Telekommunikationsverbund des Bundes, IVBB, als Kostenfaktor an. Dabei übersehen Sie immer noch, dass die Einrichtung des IVBB zwar durch die Arbeitsteilung angestoßen wurde, heute aber längst alle Bundeseinrichtungen in allen Regionen des Landes verbindet und deswegen auch bei einem Umzug weiterer Regierungseinrichtungen nach Berlin im vollen Umfang erhalten bliebe. Denn so wird sichere, abhörfreie Kommunikation gewährleistet und moderne Formen wie Videokonferenzen erst ermöglicht. Die Einsparungen durch den IVBB übersehen Sie, die Kosten werden zu Unrecht der Arbeitsteilung Berlin/Bonn zugeordnet.

Steuerzahlerbund und „Der Steuerzahler“ behaupten immer wieder, die Schätzungen der Bundesregierung und des Bundesrechnungshofes für die Kosten eines weiteren Umzugs mit mindestens fünf Milliarden Euro wären überhöht. Deswegen fragen Sie nach den bisherigen Umzugskosten (die Ihnen aus den Abrechnungen der damals benötigten zehn(!) Milliarden eigentlich vorliegen sollten). Dabei ist eher von einem Anstieg der Umzugskosten auszugehen, weil in Bonn zum Teil gerade die Arbeitsplätze verblieben sind, bei denen ein Umzug nach Berlin besonders teuer wäre. So müssten alleine für den Umzug der komplexen IT von Auswärtigen Amt und Bundesverteidigungsministerium hunderte von Millionen Euro veranschlagt werden, weil zunächst eine neue, parallele Infrastruktur in Berlin aufgebaut werden müsste. Pro Arbeitsplatz in diesem Bereich würden also einige Millionen Euro Kosten anfallen.

Und auch der Raumbedarf ist nicht linear zu entwickeln. Registratur und Archive in Bonn haben einen hohen Platzbedarf pro Arbeitsplatz. Wollen Sie diese in Berlin tatsächlich in teure Neubauten unterbringen? Wo kommt das in den Rechnungen und Fragen, die Sie stellen, vor? Und selbst bei reinen Büroarbeitsplätzen entstehen bei einem Umzug hohe Kosten. Gestern erfuhr ich von einer Dienststelle, die vier weitere Mitarbeiter nach Berlin schickt. Der Haushaltsausschuss hat die dadurch erhöhten laufenden Kosten der Behörde in Höhe von 80.000 Euro pro Jahr leider schon genehmigt.

Fazit: Ich freue mich darauf, wenn es im „Steuerzahler“ wirklich einmal zu einer objektiven und ergebnisoffenen Berichterstattung zum Thema Berlin/Bonn käme. Bisher war davon nicht zu verspüren, was ich auf die vollständige Voreingenommenheit Ihres Präsidenten

zurückführe. Der Lektüre Ihrer nächsten Ausgaben, die ich als Abgeordneter ja regelmäßig zugeschickt bekomme, sehe ich mit Interesse entgegen.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, consisting of several stylized, overlapping strokes that are difficult to decipher as specific letters.